

## Wo Schweine liegen, fliegen Schweine zu

Die Intensivierung der Schweinemast in Deutschland nimmt zu – weitere Megaställe geplant

von Reinhild Benning und Christiana Schuler

*Über Jahre hinweg wurde unter der grünen Agrarministerin Renate Künast die Abkehr von den „Agrarfabriken“ gepredigt. Auch ihr CDU-Nachfolger Horst Seehofer propagiert öffentlich Massentierhaltungsanlagen nicht als die ideale Haltungsform für Nutztiere. Doch reale Entwicklungen entpuppen sich mitunter als erstaunlich unabhängig von politischen Leitbildern und Wunschvorstellungen. Das belegt auch eine Studie des BUND aus dem Jahr 2006, in der die derzeitigen Entwicklungen in der Tierhaltung genau unter die Lupe genommen werden. Anhand der Anträge und Genehmigungen für Stallanlagen wird ein Blick in die Zukunft geworfen: Wie sind die Größendimensionen der Ställe, die in den nächsten Jahren gebaut werden? Wo werden sie gebaut? Gibt es Gebiete, in denen sich Schweine und Hühner buchstäblich stapeln, welche Trends sind auszumachen? Wie steht es um die Umwelt- und Tierschutzprobleme der industriellen Massentierhaltung? Welche politischen Maßnahmen bewahren bäuerliche Betriebe vor dem Aus?*

Um sich ein Bild über die Stallplanungen für die nächsten Jahre zu verschaffen, wurde im Rahmen einer BUND-Studie (1) bei den Genehmigungsbehörden in ausgewählten Landkreisen recherchiert – immer mit Verweis auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), das die Behörden zur Erteilung von solchen Informationen verpflichtet (2). Dabei wurde deutlich, dass die Umsetzung des UIG auf der Ebene der Verwaltungen erhebliche Defizite aufweist, Informationen teilweise nur lückenhaft erfasst werden und Auskünfte zum Teil mit erheblichen Kosten verbunden sind.

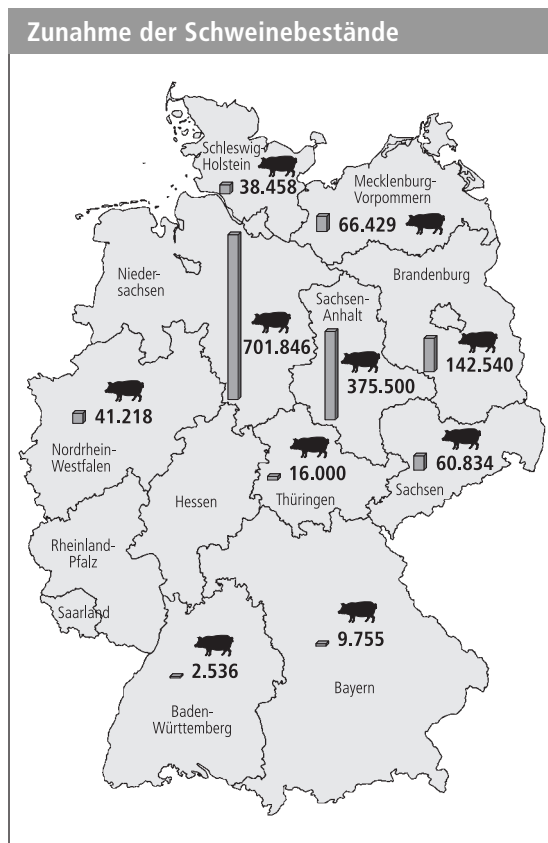
Dabei liest sich die Staffelung der von den Behörden veranschlagten Gebühren teilweise wie eine Abstufung entlang der Schweinebestandsdichten (Landkreis Vechta, einer der viehstärksten Landkreise überhaupt, 500 Euro, Umweltministerium Schleswig-Holstein keine Gebühren). Aus Sachsen-Anhalt, dem Bundesland, in dem nach Niedersachsen der größte Zuwachs an Tierplätzen zu erwarten ist und besonders große Schweinehaltungsanlagen geplant sind, liegen trotz mehrmaliger Nachfrage gar keine Auskünfte von Seiten der Behörden vor. Trotz dieser Erhebungsprobleme konnten aus dem vorliegenden Datenmaterial sehr deutliche Trends für die Struktur der Tierhaltung in Deutschland herausgearbeitet werden.

### Rasanter Strukturwandel

Mitte der 90er Jahre nahmen die deutschen Schweinebestände – hauptsächlich aufgrund der Schweinepest – von rund 26,5 Millionen (1992) auf 23,7 Millionen (1995) ab und erreichten 2003 mit 26,3 Millionen annähernd wieder das Niveau von 1992. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Zahl der Schweine pro Halter um mehr als das Doppelte (1992 waren es 90 Schweine, zehn Jahre später schon 250). Die Zahl der Schweine haltenden Betriebe ging im gleichen Zeitraum um 65 Prozent von über 290.000 auf knapp 100.000 zurück (3) – Kennzeichen eines rasanten Strukturwandels.

Im Zeitraum 2003 bis Mitte 2005 sind in Deutschland über 1,45 Millionen neue Schweineplätze beantragt und/oder genehmigt worden. Damit ist zu erwarten, dass die Schweinebestände in den nächsten Jahren ein neues historisches Hoch von 28 Millionen Tieren erreichen werden.

Mehr als die Hälfte der geplanten Anlagen ballen sich im Weser-Ems-Gebiet und setzen einen Trend der vergangenen Jahre fort. Ein zweiter Trend tut sich im Osten der Bundesrepublik auf. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind Schweinemastanlagen mit einer Kapazität zwischen 75.000 und 95.000 Tierplätzen geplant.



Quelle: Ergebnisse der ausgewerteten Daten der Bestandszuwächse bei Schweinen in Deutschland nach Bundesländern, BUND 2006

In unterschiedlichen Stadien der Planung befinden sich solche „Megaställe“ in Mahlwinkel (Ohrekreis), in Zerbst (Anhalt-Zerbst) und in Hassleben (Uckermark) mit jeweils über 80.000 geplanten Tierplätzen. Die größte solcher Anlagen ist in Allstedt (Sangerhausen) mit 95.000 Mastplätzen geplant. Dazu kommt eine Anlage mit 75.000 Tierplätzen in Plätz bei Goldbeck im Kreis Stendal. Bereits im Betrieb sind Großmastanlagen in Sandbeindorf, in Nordhausen und in Vetschau mit jeweils 60.000 bis 65.000 Tierplätzen (4).

Auch beim Geflügel sind die meisten neuen Stallanlagen in der Weser-Ems-Region geplant. In den letzten drei Jahren wurden über zehn Millionen zusätzliche Geflügelplätze beantragt und in großen Teilen bereits genehmigt. Dabei zeichnen sich im Masthähnchen-Sektor größere Zuwächse ab als in der Legehennenhaltung. Mit mehr als 800.000 beantragten Plätzen im Zeitraum 2003 bis 2005 findet auch im Bereich der Putenhaltung weiter eine Ausweitung der Gesamtbestände statt. Deutschland ist damit eines der wenigen EU-Länder, das immer noch über ein kontinuierliches Wachstum in der Putenhaltung verfügt, während die Putenfleischerzeugung in den meisten anderen EU-Ländern zurückgeht (5).

## Schweinezyklus steht am Anfang

Die Zunahme der Schweinebestände liest sich wie ein Stück aus dem Lehrbuch über den Schweinezyklus: Sind die Preise hoch, werden Produktionskapazitäten ausgeweitet. Im Jahr 2006 stiegen die Preise für Schweinefleisch kontinuierlich und erreichten über fünf Euro je Kilogramm Schweinefleisch für VerbraucherInnen und zum ersten Mal seit 2001 im Juli 2006 bis zu 1,75 Euro/Kilogramm Schlachtgewicht für Erzeuger. Die Gründe dafür sind vielfältig: Konkurrenz auf Seiten der Schlachthöfe, die Nachfrage nach Schweinefleisch aus Drittländern, das Grill-Wetter im Juli sowie die Fußball-WM.

Die Konkurrenz unter den Schlachthöfen um eine möglichst hohe Auslastung ihrer Schlachtkapazitäten führte zu einer Konkurrenz um den Rohstoff Schwein, zum Vorteil für die Erzeuger. Doch die Erzeuger kennen auch die Schattenseiten. Die Qualitätsanforderungen an die gelieferten Schweine bestimmt das Schlachtunternehmen über so genannte Masken. Ob ihre Schweine optimal der jeweiligen Maske entsprochen und somit den höchsten Auszahlungspreis verdient haben, ermittelt ein Klassifizierungsunternehmen. Das Ergebnis der Klassifizierung erfährt nach jetziger Gesetzeslage nur der Schlachthof. Der Bauer soll das Ergebnis erst innerhalb von drei Monaten erhalten. Bei einer Mastzeit von knapp sechs Monaten kommt diese Information für die Landwirte zu spät, um Genetik und Fütterung der Schweine an die Qualitätsanforderungen anzupassen (6). Zudem verändern die Schlachtkonzerne die Masken nach Belieben. Damit erschweren sie es Erzeugern erheblich, gezielt die Qualität zu liefern, für die der höchste Preis geboten wird.

Der Konzentrationsprozess in der Schlachtbranche hat dazu geführt, dass inzwischen über 60 Prozent des Marktes von drei Schlachtkonzernen beherrscht werden (Vion, Tönnies, Westfleisch), die ihre Kapazitäten trotz geringen Auslastungsgrades weiter ausbauen (7). Sie setzen dabei auf den Export. Ein Sog nach Schweinefleisch geht von Ländern wie Russland, Japan und China aus. Zwar wird auch dort die Zahl der Mastplätze erhöht, im Moment aber versprechen sich die Fleischkonzerne hier, dass sie schneller und mit höheren Standards liefern können. Dabei zeigt das Beispiel Brasilien, wie schnell ein Exportmarkt zusammenbrechen kann: Nach dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einigen Regionen Brasiliens stoppten viele Länder die Einfuhr brasilianischen Schweinefleisches. Die überwiegend neuen, industriellen Mästereien blieben auf dem Schweinefleisch sitzen.

Hierzulande hat der Ausbruch der Schweinepest im März 2006 auf acht Betrieben in der Schweinemast-Hochburg Münsterland nicht zu einem wesentlichen

Exportrückgang geführt. Es wurden über 100.000 Tiere gekeult, so dass das Angebot an Schweinefleisch erneut verknappt und die Preise stabilisiert wurden. Der Inlandsverbrauch an Schweinefleisch blieb ebenfalls fast unbeeinflusst.

## Strategien gegen die Marktmacht

Der Konzentration auf Seiten der Schlachthöfe begegnen Produzenten und -innen mit verschiedenen Strategien, die zum Teil auch in Mischformen zur Anwendung kommen. Einzelunternehmen mit gigantischen Schweineställen suchen sich für ihre einheitlichen und großen Schlachtschweine-Partien den Schlachthof, der den besten Preis zahlt. Das geschlossene System ist besonders für den Export ein attraktives Qualitätskriterium, weil es die Rückverfolgbarkeit erleichtert. Das Modell „Liberalisierter Markt, jeder muss allein zurecht kommen“ wird zum Teil auch von kleineren Betrieben verfolgt, obwohl diese bei Erzeugungskosten von rund 1,30 Euro/kg von den Großbetrieben schnell ausgestochen werden können, die zu etwa 30 Cent günstiger liefern.

Die industriellen Großmästereien sichern sich zum Teil auch über die so genannte *vertikale Integration* ab. Das bedeutet, sie schließen feste Verträge mit Schlachthöfen, zum Teil auch mit dem Lebensmittelhandel. Der Handel hat mit den Verträgen die Herkunftssicherheit, die Schlachtstätten können so ihre Auslastung besser kalkulieren und die Großmästereien und Erzeugergemeinschaften können Einfluss auf die Maskengestaltung und Auszahlungspreise nehmen. Das Nachsehen haben dabei kleinere Betriebe, die bei der Vertragsgestaltung kein Gewicht haben.

Über 70 Prozent der Mastbetriebe in Deutschland halten weniger als 100 Schweine (8). Wegen des strukturellen Nachteils gegenüber konzentrierten Strukturen auf der abnehmenden Seite setzen viele Schweinefleischerzeuger auf *horizontale Kooperationen* – also auf Erzeugergemeinschaften, um ihr Angebot zu bündeln. Bei Schlachtkapazitäten von 20.000 Schweinen pro Tag, wie sie etwa im Schlachthof in Weißenfels/Sachsen-Anhalt von Tönnies geplant sind (9), scheinen aber auch die Bemühungen um Bündelung keine Selbstläufer zu sein. Eine andere Möglichkeit wird in landwirtschaftlichen Fachblättern kaum in Erwägung gezogen.

## Qualität erzeugen und erkennen

Der Beobachtungszeitraum 2003 bis 2005 ist von einer starken Nachfragersteigerung nach Qualitätserzeugnissen geprägt, wobei die Kennzeichnung eine überaus wichtige Rolle spielt. Die CMA ermittelte für Deutsch-

### Internationaler Grobvergleich der Erzeugungskosten für Schweinefleisch

Brasilien	0,75 – 1,00 Euro/kg Schlachtgewicht
EU, China	1,15 – 1,40 Euro/kg Schlachtgewicht

Quelle: AgE 33/2006

land ein Kundenpotential von 36 Prozent „Qualitätskunden“. Für die Vielzahl von bäuerlichen Betrieben mit Tierhaltung, die im Wettbewerb um die Kostenführerschaft auf dem Weltmarkt keine Chance haben, könnte dieses Potential sehr wichtig werden. Dazu müssten die Erzeuger natürlich auch bereit sein Qualitäten zu erzeugen, die sich vom Mindeststandard abheben. Um die Nachfrage nach Qualitätsfleisch aus konventioneller Haltung gezielt zu aktivieren, müssen Kunden am Produkt erkennen können, wie das Tier gehalten wurde (zum Beispiel gentechnikfrei, auf Stroh oder Betonspalten). Dies ist derzeit nicht der Regelfall.

Nur bei der Kennzeichnung von Eiern gilt seit dem 1. Januar 2004 eine Kennzeichnungsregel, die nach einem einfachen Schema Herkunft und Haltung auf jedem Schalen-Ei sichtbar werden lässt. Die Nachfrage nach Eiern aus Nicht-Käfighaltung schnellte nach Einführung der Eier-Kennzeichnung sichtlich hoch. Ähnlich verhält es sich mit der Nachfrage nach Bioprodukten nach Einführung des Bio-Siegels. Die ZMP meldete im September 2005, dass innerhalb eines Jahres die Nachfrage privater Haushalte nach ökologisch erzeugten Eiern (mit Stempelaufdruck) um 30 Prozent zugenommen hat. Eine Ursache dafür sei die Ausweitung des Angebotes von Bioeiern bei Aldi-Süd. Der Anteil der Bioeier habe im August 2005 bei 4,6 Prozent gelegen (2004 3,2 Prozent). Das entspricht einem Wachstum von 40 Prozent.

Die EU-Kommission erwägt in ihrem Tierschutzaktionsplan die Kennzeichnung von Haltung und Herkunft voranzubringen. Eine Reihe von Umwelt-, Tierschutz- sowie Bauernverbänden hat im September 2006 Minister Seehofer dazu aufgefordert, sich für diese Kennzeichnung einzusetzen und sie zu einem der Ziele der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 zu erklären.

## Überdüngung auf hohem Niveau

Ein Anwachsen der Tierbestände führt zu entsprechend erhöhtem Gülle- beziehungsweise Nährstoffanfall und somit zu möglichen Umweltgefährdungen durch Nährstoffeinträge. Die Weser-Ems-Region verfügt bereits heute über die höchsten Bestandesdichten bei Mastschweinen und Sauen (10) und verzeichnet die höchst-

## Probleme mit der Tiergerechtigkeit in der intensiven Schweinehaltung

von Elke Deininger

Die Haltung von Schweinen erfolgt in Deutschland zum großen Teil in intensiven Haltungssystemen. Dabei handelt es sich vor allem um Einzelhaltungen von Sauen und strohlose Aufstallungen. Die fehlende Einstreu, die harten und größtenteils perforierten Böden sowie die hohe Besatzdichte der Buchten bereiten große Probleme in Bezug auf die Tiergerechtigkeit. Vor dem Hintergrund der laufenden Genehmigungsverfahren von industriellen Großanlagen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt in der Größenordnung von 15.000 bis 85.000 Schweineplätzen haben der Deutsche Tierschutzbund, der BUND und ProVieh ein Gutachten (1) in Auftrag gegeben, in dem beschrieben wird, welche Auswirkungen die in der Praxis gängigen Haltungssysteme auf die Schweine haben. Folgende Probleme treten demnach auf:

### *Haltung von wachsenden Schweinen (Absatzferkel, Mastschweine)*

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass erhebliche Verletzungen an den Gliedmaßen auftreten, wenn Schweine ohne Einstreu auf Voll- oder Teilspalten gehalten werden. Die häufigsten Verletzungen in einstreulosen Voll- und Teilspaltenställen betreffen die Sprung-, Karpal- und Schultergelenke. Viele Tiere haben Liegeschwielen und Gelenkverdickungen. Darüber hinaus treten bedingt durch die harten Böden und Spalten Klauenverletzungen auf, die nicht selten zu Lahmheiten führen.

Das Angebot von Stroh ermöglicht den Schweinen arttypische Verhaltensweisen wie Kauen und Wühlen. Fehlt Stroh oder Einstreu wird dieses Verhalten vermehrt auf die Buchtenengenossen gerichtet. Eine Vielzahl neuer Untersuchungen belegt, dass diese Verhaltensprobleme (Ohren- und Schwanzbeißen) vor allem in einstreulosen Haltungen mit Voll- und Teilspaltenböden auftreten. In einer wissenschaftlichen Untersuchung aus dem Jahr 2005 (2) wurde bei allen Schweinen in einstreuloser Haltung Schwanzbeißen festgestellt. Das häufig als „Vorbeugung“ durchgeführte Kupieren der Schwänze im Saugferkelalter verhindert nicht die Ursachen (Stress), es schwächt nur die Symptome ab. Ebenfalls in neueren Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Verhaltensprobleme in Abhängigkeit vom Haltungssystem in folgender Reihenfolge abnehmen: Systeme mit Spalten, Schrägböden, Kistenställe. Die wenigsten Verhaltensstörungen sind in Einstreuställen mit Auslauf festzustellen.

### *Haltung von Zuchtsauen sowie Muttersauen mit Saugferkeln*

In der Praxis dominiert die Einzelhaltung der Sauen in Kästen. Da die EU-Richtlinie vorschreibt, dass Sauen zukünftig während der Trächtigkeit zeitweilig in Gruppen gehalten werden müssen, werden immer mehr tragende Sauen in Selbstfangkästenständen (Fress-Liegebuchten) untergebracht.

In diesen Haltungssystemen treten Verletzungen im Bein- und Schulterbereich auf, die durch das Liegen und Stehen auf dem harten und z.T. durchbrochenen Boden bedingt

ten Zuwächse bei allen oben genannten Nutztierarten. Bereits bestehende Probleme mit Nitratüberschüssen in dieser Region werden sich demnach in den nächsten Jahren verschärfen.

Das gilt auch für die geplanten Großanlagen in den neuen Bundesländern. Ob hier die Gülle ordnungsgemäß entsorgt, das heißt auf geeignete Fläche ausgebracht werden kann, ist unter anderem abhängig von dem Verhältnis der Transportkosten und dem Düngewert der Gülle. Die zunehmende Größe dieser Anlagen beeinflusst dieses Verhältnis ungünstig und kann die Gefahren für nichtsachgemäße Ausbringung der Gülle erhöhen.

Die neuen Stallanlagen erhalten Baugenehmigungen ohne den Nachweis erbringen zu müssen, dass langfristig genügend Flächen für die Ausbringung der Gülle bereitstehen. Es muss lediglich nachgewiesen werden, dass für einige Jahre Abnahmeverträge für die Gülle bestehen. Eine Prüfung dieser Verträge und eine Überprüfung der vertraglich angegebenen Flächen hinsichtlich ihrer Eignung zur Gülleausbringung ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen. Besonders in Bezug auf

Tierhaltungen in den neuen Bundesländern kommt es an bestimmten Orten dazu, dass Böden und Gewässer, die zu DDR-Zeiten mit Gülle überbelastet wurden, erneut als Entsorgungsflächen für großdimensionierte Fleischproduktionsstätten herangezogen werden. So kann es wegen fehlender Richtlinien für die Genehmigungsbehörden und aus Kostengründen fortgesetzt zu einer systematischen massiven Überdüngung stallnaher oder anderweitig dafür prädestinierter Flächen kommen. Insgesamt stagniert der Stickstoffüberschuss auf landwirtschaftlichen Nutzflächen auf hohem Niveau und führt somit fortgesetzt zu Nitratbildung und Nitratbelastungen im Grundwasser.

Kleinere konventionelle Betriebe folgen hinsichtlich Futterimport und Gülleexport zunehmend den gleichen industriellen Prinzipien wie großindustrielle Betriebe und sind daher aus Umweltsicht nicht automatisch als vorteilhaft einzustufen. Gleichwohl haben Betriebe mit eigenem Flächenbesitz von mindestens einem Hektar je 18 Mastschweineplätzen jederzeit die Möglichkeit, auf eine ökologisch vorteilhafte Schweinehaltung umzu-

sind. Verletzungen im Bereich der Schulter und am Rücken lassen sich systembedingt auf die Kastenstände zurückführen. Darüber hinaus können Sauen in Kastenständen nicht artgerecht ruhen. Bewegung ist nicht (Kastenstände) oder nur sehr eingeschränkt (Selbstfangkastenstände) möglich. Auch hier zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass bei Zuchtsauen in Kastenständen viel mehr Verhaltensstörungen zu beobachten sind als in Gruppenhaltungen. Auch Muttersauen, die in Kastenständen fixiert sind, zeigen deutlich mehr Verhaltensprobleme als Sauen, die in eingestreuten Bewegungsbuchten leben. Gerade um den Geburtszeitpunkt herum können bei fixierten Sauen Verhaltensstörungen wie Stangenbeißen beobachtet werden. Diese sind auf das verhinderte Nestbauverhalten zurückzuführen. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass in gut gestalteten Bewegungsbuchten wesentlich weniger Ferkel erdrückt werden als bei der Fixierung in Kastenständen.

Unabhängig davon, dass der Begriff der „Gruppenhaltung“ aus ethologischer Sicht für die Haltung von Sauen in Selbstfangkastenständen nicht korrekt ist, wurde dieses Haltungssystem in der neuen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung als Gruppenhaltungssystem zugelassen. In Selbstfangkastenständen treten alle oben dargestellten Probleme der Einzelhaltung auf. Diese Art der Haltung schneidet von allen Gruppenhaltungssystemen im Hinblick auf die Tiergerechtigkeit am schlechtesten ab.

#### *Schlussfolgerungen*

Die in der industriellen Schweinehaltung üblichen Haltsverfahren (einstreulose Haltungssysteme mit Kastenständen,

Voll- und Teilspaltenställe) ermöglichen keine verhaltensgerechte Unterbringung von Schweinen, wie sie auch in Paragraph 2 des deutschen Tierschutzgesetzes vorgeschrieben ist (3).

Da in der Praxis ausreichend tiergerechte Haltungssysteme existieren, die zum Teil sogar wirtschaftlich besser sind, gibt es kein tragbares Argument, warum die Schweine in aus der Sicht des Tierschutzes schlechtester Haltsform gehalten werden müssen.

#### **Anmerkungen**

- (1) Hörning, Bernhard (2006): Zur Tiergerechtigkeit der intensiven Schweinehaltung – eine Literaturstudie anhand ausgewählter Beispiele. Lehrstuhl für Tierhaltung und Tierernährung der Fachhochschule Eberswalde.
- (2) Weerd, H.A. v.d., C.M. Docking, J.E.L. Day und S. Edwards (2005): The development of harmful social behaviour in pigs with intact tails and different enrichment backgrounds in two housing systems. *Anim. Sci.* 80: 289–298
- (3) Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muss über die für eine angemessene Ernährung, Pflege und verhaltensgerechte Unterbringung des Tieres erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen.

#### **Autorin**

*Dr. Elke Deininger*

Tierärztin und Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund e.V.  
Postfach 1361, 85573 Neubiberg  
E-Mail: [elke.deininger@tierschutzakademie.de](mailto:elke.deininger@tierschutzakademie.de)

stellen, während dies für Schweine haltende Betriebe ohne Flächenbesitz mit aufwändigem Flächenkauf verbunden wäre. In Dänemark wird der Überdüngung entgegengewirkt mit der Verpflichtung, dass die Gülleflächen im Besitz der Schweinehalter sein müssen. Da Dänemark zum weltweit größten Schweinefleischexporteur avancierte, wurden zunehmend strenge Umweltstandards notwendig. Die Bindung der Tierhaltung an Flächenbesitz fehlt in Deutschland.

#### **Positivbeispiele – bald ohne politischen Beistand?**

Die fortschreitende flächenlose Tierhaltung steht im Gegensatz zu Betrieben, die nach dem Prinzip eines möglichst geschlossenen Betriebskreislaufes wirtschaften und damit nicht von Futterimporten abhängig sind. Letztere verwerten die Nährstoffe für die Pflanzen auf den eigenen Flächen ohne umweltrelevante Überschüsse. Den Schwerpunkt auf geschlossene Betriebskreisläufe

legen Programme wie etwa das NEULAND-Fleisch-Programm. Auch Biobetriebe greifen weit mehr auf betriebseigene Ressourcen und Kreislaufwirtschaft zurück als die vorherrschende konventionelle Intensivtierhaltung und müssten aus Umweltsicht auch politisch zumindest gleichwertig – besser noch intensiver gefördert werden. Angesichts der langfristigen wirtschaftlichen Unselbständigkeit einer exportorientierten Fleischindustrie mit nur wenigen Profiteuren sind die verschiedenen staatlichen Alimentierungen umgehend zu stoppen und stattdessen ökologisch, sozial und tierverträgliche Formen der Fleischerzeugung gemäß ihrer multifunktionalen gesellschaftlichen Leistungen zu entlohnen beziehungsweise zu fördern. Das Gegenteil ist die politische Realität, wie die folgenden Beispiele zeigen:

1. In der Neufassung der Düng-Verordnung vom Januar 2006 fehlen die vorher geltende Verpflichtung, für jeden Hof eine Hoftorbilanz für Nährstoffe zu erstellen, und die Strafbewehrung der Düngobergrenzen.

### Forderungen des BUND an Minister Seehofer und die Länder

- 20 Prozent der Direktbeihilfen sind von den größten Betrieben mit den wenigsten Arbeitsplätzen abzuziehen und für die Ländliche Entwicklung und artgerechte Tierhaltung zur Verfügung zu stellen. Die Länder sind aufgefordert, die Streichungen bei den Agrarumweltprogrammen zurückzunehmen.
- Sofortiges Ende der Exportsubventionen und der Subventionierung überregionaler Schlachtkapazitäten.
- Beibehaltung des Käfigverbotes für Legehennen und deutliche Verbesserung der Schweinehaltungsverordnung. Einbeziehung der Tierschutz-Expertisen der EU-Kommission und des Projektes „Nationaler Bewertungsrahmen“ im Zuge der Neugestaltung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung.
- Verbindlicher Maßstab für eine Stallbaugenehmigung muss eine Eigentums-Flächenbindung von maximal zwei Großvieheinheiten je Hektar sein (vgl. Dänemark).
- Eine gentechnikfreie Erzeugung muss gesichert werden. Anwender von Gentechnik müssen umfassend für Kontamination haften.
- Stoffströme sind als zeitgemäße Umweltindikatoren auch für die Tierhaltung in die Genehmigungspraxis zu integrieren.
- Anhebung der Tierseuchenkassenbeiträge für Betriebe mit hohem Transportaufkommen und mehr Tierplätzen als der Bundesdurchschnitt.
- Kennzeichnung der Haltungsverbedingungen und der Herkunft aller tierischen Produkte nach dem Vorbild der Kennzeichnung auf Schaleneiern.
- Transporte sind auf eine absolute Stundenzahl von maximal vier Stunden zu begrenzen.

Folgen: Dünger-Überschuss und gasförmige Emissionen werden weggerechnet. Wer zu viel Gülle ausbringt bleibt straffrei (11).

2. Die EU-Agrarbeihilfen für die Entwicklung Ländlicher Räume (ELER) sollen nach dem Willen Seehofers und der Länder um bis zu 50 Prozent gekürzt werden. Aus diesen Mitteln werden umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren und Agrarumweltprogramme gefördert. Vorausseilend haben bereits sieben Bundesländer die Beihilfen zur Umstellung auf Ökolandbau gekürzt.
3. Das wenige verbleibende Geld in der Ländlichen Entwicklung soll nach den Plänen der Bundesländer zunehmend für großindustrielle Tierhaltungen verfügbar werden. Die Flächenbindung der Tierhaltung als Fördervoraussetzung wurde aufgehoben.
4. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie schreibt vor, dass sich der Zustand des Grundwassers nicht ver-

schlechtern dürfe. In Deutschland verwässern die Länder diese Vorgabe bis zur Unwirksamkeit, indem sie zahlreiche Ausnahmen und Privilegien für die Landwirtschaft schaffen.

5. Der Europäische Gerichtshof hat Deutschland verurteilt, weil hier bei der Genehmigung von (Massentierhaltungs-) Anlagen Naturschutzbelange nicht adäquat zu europäischem Recht beachtet werden zu Lasten der Artenvielfalt (12). Statt nachzubessern will die Bundesregierung im Zuge des Bürokratieabbaus die Genehmigungen für Großmastbetriebe vereinfachen.

### Mehrzahl ohne Chance auf Kostenführerschaft

Wirtschaftlich gerät die gesamte Fleischerzeugung in Deutschland unter den Druck international agierender Fleischkonzerne. So breitet der größte US-Schweinefleischkonzern Smithfield in den neuen EU-Beitrittsländern wie etwa Polen sein Produktionsfeld aus. In dessen Anlagen mit meist weit über 100.000 Schweineplätzen von der Sau bis zum Mastschwein wird Fleisch zu rund 0,90 Euro/Kilogramm Schlachtgewicht erzeugt. Die mittleren Produktionskosten für Schweinefleisch liegen in Deutschland derzeit bei rund 1,30 Euro/Kilogramm Schlachtgewicht. Bäuerliche Betriebe in Deutschland können diesen Kampf um die internationale Kostenführerschaft nicht gewinnen.

Die gewerbliche Fleischbranche hat vor dem Hintergrund der Exportorientierung ein großes Interesse an direkten und indirekten staatlichen Beihilfen für die Fleischerzeugung und für die großen Schlachtstätten, die den Kostenvorteil anderer Standorte im globalen Markt kompensieren sollen. Sie profitiert von der fortgesetzten Abschottung der Märkte, von Exportsubventionen für Fleisch, von der Umschichtung von Subventionen für Investitionen in immer größere Ställe und von ständig angehobenen Anforderungen und Auflagen für Handwerksbetriebe. Ohne diese politischen Instrumente wäre die Fleischexportbranche in der EU und in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach nicht konkurrenzfähig.

Angesichts der Vielzahl der Probleme um Fleisch und Fleischerzeugung in den letzten Jahren wie etwa die Gammelfleischskandale, Vogelgrippe, Schweinepest und sich global ausbreitende Maul- und Klauenseuche scheint es, dass die Risiken mit der Industrialisierung in der Fleischerzeugung und der Schlachtung nicht absondern zunehmen (Nitrat im Trinkwasser, zunehmende Antibiotika-Resistenzen, Stallemissionen als Hauptursache für Waldschäden und der Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel). Nicht zuletzt kritisiert der Tierschutz die Ignoranz der industriellen beziehungs-

weise intensiven Tierhaltung gegenüber den angeborenen Bedürfnissen und Verhaltensweisen der Tiere (siehe Kasten zu Tierschutzproblemen).

## Anmerkungen

- (1) Benning, R. und Ch. Schuler: Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken. Der Boom der Massentierhaltung in Deutschland und seine Folgen für die Umwelt. Berlin 2006.
- (2) Unter „Umweltinformationen“ fallen unabhängig von der Art ihrer Speicherung Daten u. a. über Maßnahmen, die den Zustand der Gewässer, der Luft, des Bodens, der Tier- und Pflanzenwelt und der natürlichen Lebensräume beeinträchtigen oder beeinträchtigen können, siehe UIG §2 (3).
- (3) Vgl. Bäuerle, H. und H.-W. Windhorst (2005): Strukturwandlungen in der deutschen Schweinehaltung zwischen den Jahren 1992 und 2003. Weiße Reihe des Instituts für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA) Band 26, Vechtaer Druckerei und Verlag, 2005.
- (4) Diese Informationen stammen aus Mangel an Auskünften der Genehmigungsbehörden zum großen Teil aus der Tagespresse und von lokalen Initiativen gegen Massentierhaltungsanlagen.
- (5) Zentrale für Markt- und Preisberichterstattung (2005): Markt-Analyse Nr. 9, S. 7 EU-Geflügelmarkt.
- (6) Vgl. AgE 37/2006.
- (7) top agrar April 2006.
- (8) Quelle: Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume 2007–2013.
- (9) Vgl. Der Spiegel vom 25. Juli 2006, „Kulturkampf in der Stadt des Schlachtens“.
- (10) vgl. Bäuerle und Windhorst (2005), S. 203.
- (11) Ausnahme: Betriebe, die Direktbeihilfen erhalten, könnten in Einzelfällen einige Prozent Subventionen abgezogen bekommen auf Basis der Direktzahlungen-Verordnung.
- (12) Urteil des Europäischen Gerichtshofes (Zweite Kammer), 10. Januar 2006, „Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume – Wild lebende Tiere und Pflanzen – Prüfung der Verträglichkeit bestimmter Projekte mit dem Schutzgebiet – Artenschutz“.

## Autorinnen

### Reinhild Benning

Mitarbeiterin im Referat Landnutzung des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V., Mitverfasserin der Studie „Fleischfabriken boomen – Umweltstandards sinken“.

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
E-Mail: reinhild.benning@bund.net  
www.bund.net



### Christiana Schuler

Studentin der Pflanzenbauwissenschaften in Berlin, engagiert sich im Agrarnetz von Attac und ist ebenfalls Mitverfasserin der oben genannten Studie.

Adalbertstr. 23  
10997 Berlin  
E-Mail: xtiana@web.de

